

für die Entmachtung der Arbeiterbewegung, die Abschaffung der Demokratie im Innern und eine neue Machtpolitik nach außen« (S. 221).

Die Arbeiterklasse ist seit 1920 »zersplittert und wenig handlungsfähig« (S. 145) und erfährt 1933 ihre »vernichtende Niederlage« (S. 223). Ihre Fehler sind seitens der KPD die Sozialfaschismusthese und falsche Schlußfolgerungen aus einer richtigen Krisentheorie (vgl. S. 224 f.); die »reformistische Richtung« hat ein falsches Verständnis von Politik und Gesellschaft, Folge ist »Resignation« bei den »Anhängermassen« (S. 229). Aufgrund dieser Fehler kommt es 1932/33 nicht zum organisierten Widerstand (vgl. S. 223, 234 f.). Erst die Ereignisse in Frankreich vom Februar 1934 (Österreich bleibt unerwähnt, wohl weil es nicht in Kühnls Sozialdemokratismusbild paßt) lösen (zu späte) richtigere »Schlußfolgerungen« (S. 235) aus.

Zusammenfassend: Kühnl postuliert, Geschichte sei »erklärbar« und die Zerstörer der ersten deutschen Demokratie seien »benennbar« (S. 241), aber seine Gesamtschau befriedigt nicht. Wenn der vielfältig bedingte Erfolg der NSDAP die halbe Revolution von 1918/19 und das Scheitern der Weimarer Republik charakterisierte, dann ist Kühnls Überblick unzureichend. Wieso der »offene Terror gegen die Linke« und die NS-Propaganda die »enttäuschten Massen der Mittelschichten« (S. 217) mobilisieren, obwohl diese Schichten objektiv »ihre eigene Entmündigung und Unterjochung« bejubeln (S. 237), dies klärt oder beschreibt Kühnl nicht.

Auf dieses Buch kann man leicht verzichten. Seine Reichweite allein bedarf der Diskussion: Welche Organisationen oder Einzelleser geben sich weshalb mit derartig steriler Pauschalität zufrieden? Diese Doppelfrage wird durch Kühnls Populärabhandlungen aufgeworfen; vor allem auch Teilbereiche der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit müssen sich diese Frage gefallen lassen. – Zur Sache aber soll abschließend auf Kurt Stechert verwiesen werden (Wie war das möglich?, Stockholm 1945), wenn jemand eine breite Gesamtdarstellung sucht.

*Eike Hennig, Kassel*

Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann unter Mitarb. von Dirk Hänisch, Jan-Bernd Lohmöller und Johann de Rijke, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933 (= Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), Verlag C. H. Beck, München 1986, 251 S., brosch., 34 DM.

Als Alfred Milatz 1965 seine Studie »Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik« herausbrachte, steckte die wahlhistorische Forschung zur Weimarer Republik noch ganz in ihren Anfängen. In den vergangenen zwanzig Jahren ist auf diesem Felde viel geschehen; verfeinerte Analysemethoden wurden entwickelt, neue Fragestellungen traten in den Vordergrund. Deshalb ist es höchst verdienstlich, daß in der Reihe »Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte« jetzt ein Band über Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik vorgelegt wird; er schließt chronologisch an den 1980 in derselben Reihe publizierten, von G. A. Ritter und M. Niehuss bearbeiteten Band mit wahlgeschichtlichen Materialien zum Kaiserreich an. Das Autorenteam J. Falter, T. Lindenberger, S. Schumann (unter Mitarbeit von D. Hänisch, J.-B. Lohmöller und J. de Rijke) dokumentiert im 1. Kapitel die Wahlergebnisse und bietet in den Kapiteln 2–4 Materialien zur Analyse des Stimmverhaltens sowie zur demographischen und sozialstrukturellen Basis der Weimarer Parteien.

Das Interesse wohl der Mehrzahl der Benutzer wird sich auf die breitangelegte Dokumentation der Wahl- und Abstimmungsergebnisse konzentrieren. An erster Stelle verzeichnet werden die Ergebnisse der reichsweiten Wahlen und Abstimmungen – Wahl zur Nationalversammlung 1919, Reichstagswahlen 1920–1933, Reichspräsidentenwahlen 1925 und

1932, Volksbegehren bzw. Volksentscheide zur Fürstenenteignung 1926, zum Panzerkreuzerverbot 1928, zum Young-Plan 1929 –, zunächst auf Reichsebene, dann für alle 35 »Wahlkreise« des Reiches (mit Daten über Abgrenzung, Bevölkerungszahl und Sozialstruktur dieser 35 Wahlkreise). In den Tabellen mit den Wahlergebnissen auf Reichs- und Wahlkreisebene subsumieren die Autoren unter »Sonstige« auch mehrere kleinere Parteien wie etwa Wirtschaftspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst, Landbund und Landvolkpartei, deren Stimmen- und Mandatszahl in der Regel explizit ausgewiesen wird. Die für die kleineren Parteien auf Reichsebene abgegebenen Stimmen verzeichnen die Autoren aber in einer separaten Tabelle, und zwar sehr viel detaillierter als in den gängigen Übersichten. In einem Glossar (das aufgrund der Indexform allerdings etwas mühsam zu lesen ist) werden zusätzliche Informationen über die zahlreichen Regional- und Splitterparteien bereitgestellt. In weiteren Tabellen präsentieren die Autoren die amtlichen Sonderauszählungen nach dem Geschlecht und dem Alter der Wähler.

Wenn sich die Ergebnisse der reichsweiten Wahlen und Abstimmungen bisher wenigstens ohne allzu großen Aufwand feststellen ließen, so gilt diese Feststellung nicht für die Ergebnisse der Landtagswahlen in der Zeit der Weimarer Republik: Es fehlte eine komplette Übersicht, schon allein zur Ermittlung einzelner Wahltermine bedurfte es einer beträchtlichen Sucharbeit. Die präzise Dokumentation aller Landtagswahlergebnisse im vorliegenden Band (S. 86 ff.), jeweils mit genauer Quellenangabe, stellt deshalb eine wirkliche Pionierleistung dar; man glaubt den Autoren gerne, daß bei einigen kleinen Ländern die Rekonstruktion außerordentlich kompliziert und zeitaufwendig war. An der einen oder anderen Stelle wäre zur Behebung von Unklarheiten eine zusätzliche Erläuterung erwünscht, z. B. beim Differieren der tatsächlichen Mandatszahlen von der im Kopfregeest angegebenen Gesamtzahl der Abgeordneten in Bremen 1919, Mecklenburg-Strelitz 1919, Württemberg 1919 (S. 93, 99, 113) oder bei der rapiden Zunahme der Stimmberechtigten in Lübeck von 46 299 im Jahr 1919 auf 80 731 im Jahr 1921 (S. 97), sofern es sich hier nicht um einen Druckfehler handelt. Außer den Ergebnissen der Landtagswahlen registrieren die Autoren auch die Ergebnisse einiger regionaler Wahlen und Abstimmungen, nach denen man bisher lange suchen mußte: Wahlen zu den preußischen Provinziallandtagen und zur Berliner Stadtverordnetenversammlung (S. 102 ff.), Volksabstimmungen in den Abtretungsgebieten (S. 118), Parlamentswahlen im Memelgebiet, in Danzig und im Saargebiet (S. 114 ff.).

Im Materialenteil (Kap. 2–4) können sich die Autoren auf Datensätze in EDV-aufbereiteter Form stützen, die im Rahmen des von Falter geleiteten Forschungsprojekts »Wählerbewegungen zum Nationalsozialismus« erstellt wurden. Auf dieser Grundlage behandeln sie eine Vielzahl von Aspekten des Stimmverhaltens und der sozialen Verankerung der Weimarer Parteien, beispielsweise Parteihochburgen und Diasporagebiete, Übergänge vom Kaiserreich zur Republik 1912–1919 und zwischen den einzelnen Wahlen 1920–1933, Parteianteile nach Gemeindegrößenklasse und Konfessionsanteil, Stimmenanteile der Parteien in Abhängigkeit von Berufs- und Wirtschaftsstruktur. Das dabei angewandte Verfahren der Korrelationsanalyse erlaubt keine Aussagen über individuelle Wählerwanderungen, sondern nur über die Stabilität oder Instabilität der Wählerschaften innerhalb bestimmter Gebietseinheiten (hier handelt es sich überwiegend um Stadt- und Landkreise). Mit Nachdruck warnen die Autoren deshalb vor der unzulässigen Gleichsetzung von Zusammenhängen auf Gebiets- und auf Wählerebene: Feststellungen, die sich ausschließlich auf Gebietsebene bewegen, lassen bestenfalls in Ausnahmefällen Übertragungen auf die Wählerebene zu (S. 122). Zwar werden die statistischen Verfahren sorgfältig erläutert, und die Tabellen sind größtenteils mit Lesebeispielen versehen, aber dem durchschnittlichen Benutzer wird es doch einige Mühe bereiten, eine Reihe von Tabellen zu entschlüsseln. Insofern wäre an manchen Stellen eine stärkere Verbalisierung der Befunde durchaus hilfreich, auch wenn die Autoren meinen, es sei unmöglich, die Vielgestaltigkeit der aus den Tabellen ableitbaren Resultate zu kommentieren (S. 182).

Da aus den Korrelationsanalysen nur mit äußerster Behutsamkeit Rückschlüsse bezüglich des Wählerverhaltens von Individuen, ja selbst von sozialen Gruppen gezogen werden dürfen, stellt sich die Frage, ob dem enormen Aufwand tatsächlich ein entsprechend markanter Erkenntnisgewinn gegenübersteht oder ob nicht häufig lediglich ohnehin naheliegende Annahmen zusätzlich statistisch abgesichert werden. So überrascht es z. B. nicht, daß die NSDAP 1932 überall dort überdurchschnittliche Erfolge verbuchen konnte, wo die DNVP zwischen 1920 und 1928 überproportional vertreten war, und daß sie unter ihrem Reichsdurchschnitt blieb, wo die DNVP 1920–1928 relativ schwach abschnitt (S. 144 f.). Auch daß in der Weimarer Zeit die Wählerschaft der politischen Parteien – sieht man von der KPD und den bäuerlichen Interessenparteien ab – sozial wesentlich komplexer zusammengesetzt war (S. 180), als früher gelegentlich angenommen wurde, ist inzwischen *communis opinio*. Kaum erstaunen kann auch der Nachweis, daß die KPD durchgängig ihre besten Ergebnisse in Kreisen erzielte, die einen Arbeiteranteil von über 50 % aufwiesen (S. 183). Aber die gebotenen Materialien erschöpfen sich nicht in der Untermauerung geläufiger Annahmen. So gelangen die Autoren – um eines der wichtigsten Ergebnisse anzuführen – zu dem Schluß, daß bei der Reichspräsidentenwahl von 1925 Hindenburg prozentual die meisten Stimmen in exakt der gleichen Kreiskategorie erhalten hat wie acht Jahre später die NSDAP und daß auch beim Referendum gegen den Young-Plan 1929 genau dort prozentual die meisten Ja-Stimmen abgegeben worden sind (S. 192): »Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, daß sich die Wählerkoalition, die sich 1930 bis 1933 unter dem Dach der nationalsozialistischen Sammlungsbewegung vereinigte, bereits zuvor zeitweilig zusammengefunden hatte« (S. 145).

In einem Kartenanhang finden sich 13 instruktive Karten mit Wahl- und Sozialdaten; eine ausführliche Bibliographie der wahlhistorischen Literatur zur Weimarer Republik schließt den Band ab. Jedem, der sich eingehender mit der Weimarer Republik beschäftigt, steht mit dem vorliegenden Werk ein vorzügliches Arbeitsinstrument zur Verfügung.

*Eberhard Kolb, Köln*

Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932* (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien hrsg. von Gerhard A. Ritter), Droste Verlag, Düsseldorf 1985, 662 S., Ln., 148 DM.

Preußen, so lautet die zentrale These dieser Berliner Habilitationsschrift, sei ein »Lichtblick für die Entwicklung des demokratisch-parlamentarischen Systems in Deutschland« gewesen. Der größte deutsche Staat habe in den Jahren der Weimarer Republik weniger unter den »historischen Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus« (E. Fraenkel) gelitten als das Reich. Möller erklärt das vor allem damit, daß Preußen im Gegensatz zum Reich keine »präsidiale Reserveverfassung« gekannt habe und folglich immer wieder zum parlamentarischen Kompromiß gezwungen gewesen sei. Ein weiterer Faktor, den der Verf. zur Erklärung der relativen parlamentarischen Stabilität Preußens heranzieht, ist die Abwesenheit polarisierender außenpolitischer Entscheidungszwänge. Sein abschließendes Urteil läßt an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig: »Die Weimarer Republik krankte nicht an Preußen«.

Die »Verfassungsgeschichte Preußens in der Weimarer Republik«, die Möller vorlegt, ist ein überaus gründliches, auf breitem Quellen- und Literaturstudium beruhendes Werk. Von hohem Informationswert sind vor allem die Abschnitte über die soziologische Zusammensetzung der Parlamentsfraktionen und der Kandidatenlisten der einzelnen Parteien, die Analyse von Regierungskrisen und die Fallstudien zur Entstehungsgeschichte ausgewählter Gesetze wie etwa desjenigen über die Auflösung der Gutsbezirke von 1927. Über die verfas-